presse

Zum Internationalen Frauentag: Frauen stärker in Friedensprozesse einbinden

***Gabriela Heinrich**, stellvertretende menschenrechtspolitische Sprecherin:*

Im Jahr 2000 wurde die UN-Resolution 1325 verabschiedet. Darin ist die Bedeutung der Teilhabe von Frauen an Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung festgeschrieben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, diese Resolution bei Friedensgesprächen und Friedensprozessen stärker zu berücksichtigen.

„Bei Friedensgesprächen sitzen fast immer überwiegend oder ausschließlich Männer am Tisch. Dies muss sich ändern - zum Beispiel bei Verhandlungen über die Zukunft in Syrien, Libyen, Afghanistan, Kolumbien und bei der Friedenssuche in zahlreichen weniger beachteten Konflikten. Frauen bringen eine andere Perspektive ein. Ihre Beteiligung an politischen Prozessen, der Ausgestaltung von Friedensmissionen und an allen Fragen des Wiederaufbaus kann deshalb wesentlich zur Stabilisierung eines Landes beitragen. Dennoch wird ihr Potenzial zu wenig genutzt. Eine globale UN-Studie hat gezeigt, dass bei 31 Friedensprozessen zwischen 1992 und 2011 nur neun Prozent der Verhandlungspartner Frauen waren.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Frauenorganisationen und Aktivistinnen über die Zukunft ihrer Länder nach einem Konflikt mitentscheiden. Dass bei Friedensgesprächen oft ohne jegliche Frauenperspektive verhandelt wird, widerspricht der UN-Resolution 1325. Frauen sind von Gewalt in bewaffneten Auseinandersetzungen noch mehr betroffen als Männer und müssen endlich das Recht erhalten, die Zukunft ihrer Länder mitzugestalten.“